



Immer wieder protestieren Menschen bei Niedernberg an der B469 und gefährden damit den Verkehr.

Foto: Kevin Zahn

Querdenker bremsen Verkehr aus

Verkehr: Tempo 80 galt wegen Demos an der B469 – Nun gilt ein anderes Schild – Jede Woche enormer Aufwand für Bauamt

Von unserer Redakteurin
VERONIKA SCHRECK

Inzwischen gehören sie freitags schon fast zum Bild an der B469 zwischen Niedernberg und Großwallstadt (beide Kreis Miltenberg): Dort demonstrieren seit April immer wieder Menschen, die der AfD- und Querdenker-Szene zuzuordnen sind. Da diese Demos die Fahrer auf der Bundesstraße ablenken könnten, wurde dort ein Tempolimit auf 80 Kilometer pro Stunde angeordnet. Und da fragt sich so mancher: Muss das sein? Gibt es keine Alternative? Zur Demonstration am vergangenen Freitag änderte sich nun etwas – das wirkt aber nicht weniger absurd und verursacht weiterhin enormen Aufwand und Kosten.

Doch von vorne. Miltenbergs Landrat Jens Marco Scherf (Grüne) teilt auf Nachfrage unseres Medienhauses mit, wie das übliche Prozedere in dem Fall aussieht: Die Veranstalter zeigen die Demo, die als »Brückentage« bekannt sind, an, die Behörde reagiert darauf in Absprache mit der Polizei und ordnet an der B469 ein temporäres Tempolimit für den jeweiligen Tag an. So wollen die Behörden die Gefahr reduzieren, dass Fahrer abgelenkt werden und es womöglich zu Unfällen kommt. Die 80 Kilometer pro Stunde dienen also der Verkehrssicherheit.

Schilder auf- und abbauen

Daraufhin rücken Mitarbeiter des Staatlichen Bauamts Aschaffenburg an und stellen in beide Fahrrichtungen 500 Meter vor der Brücke Waldweg Schilder auf, die die Geschwindigkeit runterdrosseln. Nach Ende der Versammlungen sollen die Schilder jedes Mal wieder abgebaut werden, so Scherf. Es könne allerdings sein, dass dies nicht direkt passiere.

Das bestätigt Bauoberrat André Zinke, der beim Staatli-

chen Bauamt für den Landkreis Miltenberg zuständig ist. Seine Behörde sei »nicht in der Lage, sofort nach der Demo die Schilder abzubauen, da dies bis dato immer außerhalb unserer Dienstzeiten war«. Die Anordnung habe in der Regel bis 1 Uhr nachts gegolten und das Bauamt habe fürs Wochenende nur eine Rufbereitschaft für Notfälle. Die Schilder seien allerdings kein Notfall und werden deshalb »zeitnah im normalen Dienstbetrieb abgebaut«, also zu Beginn der neuen Arbeitswoche.

Landrat Scherf betont, dass die Versammlungen nur angezeigt, aber nicht angemeldet und erlaubt werden müssen. Soll heißen: Die Veranstalter sagen seiner Behörde lediglich Bescheid, dass sie an dieser Stelle demonstrieren wollen – sie fragen nicht um Erlaubnis und müssen das auch nicht. Die Aufgabe des Landratsamtes liege darin, »das Versammlungsrecht für die Anmelde zu ermöglichen und dabei die Beeinträchtigungen für Dritte möglichst gering zu halten, so dass es zu keinen Sicherheitsstörungen kommt«. Belästigungen wie Lärm oder eine Auswirkung auf den fließenden Verkehr – etwa durch Tempolimits – seien von Dritten in der Regel hinzunehmen.

Kein Tempolimit mehr

Aber ist das regelmäßige Drosseln des Verkehrs über mehrere Tage verhältnismäßig? Der Landrat teilt dazu mit, dass seine Behörde und die Polizei die angeordneten Maßnahmen überprüft haben. Das Ergebnis sei, »dass wir nun genug Erfahrungswerte gesammelt haben, um künftig auf eine Geschwindigkeitsbegrenzung zu verzichten«. Nun werde dort also nicht mehr auf 80 Stundenkilometer begrenzt, sondern das Zeichen »Achtung Gefahrstelle« angebracht, um auf die Versammlung hinweisen.

Das bestätigt auch das Staatliche Bauamt. Allerdings teilt Zinke dazu mit, dass diese Schilder ebenfalls zeitlich befristet gelten. Das bedeutet: Die Mitarbeiter des Bauamts können

die Schilder zwar stehen lassen, müssen aber weiterhin jede Woche anrücken und sie zum Verkehr hin- und zu Beginn der neuen Woche wieder wegnehmen. Das mindere den Aufwand im Vergleich zum Aufstellen der 80er-

Die Waldweg-Brücke über die B469 bei Niedernberg



Schilder kaum, »da auch im Mittelstreifen Schilder sind, die angefasst werden müssen«. Dort komme man nicht ohne Weiteres hin. Das gelte auch für Schilder am rechten Fahrbahnrand, die teilweise schwer zugänglich seien.

Fünf Personen, fünf Stunden

Für diesen Aufwand rücken an: ein Lastwagen, drei Transporter, ein Warnleitanhänger, zwei LED-Vorwarntafeln auf Anhängern und fünf Personen. Für jede Fahrtrichtung benötigen sie zwei bis zweieinhalb Stunden Arbeitszeit für den Auf- und auch wieder für den Abbau. Dieser Aufwand liege an den Gefahren, die mit der hohen Verkehrsstärke auf der Bundesstraße einhergehen, und den entsprechenden Sicherheitsvorschriften. Diese seien »zwingend erforderlich«. Der Aufwand bleibe auch bei den neuen Schildern annähernd gleich und beanspruche die begrenzten Kapazitäten an Personal und Ausstattung der Straßenmeisterei zusätzlich.

Auf Nachfrage unseres Medienhauses, ob es keine andere Möglichkeit gebe, da dieser Aufwand absurd wirke, teilt Zinke mit: »Wir sehen das genau so, aber unsere Sicherheitsvorschriften lassen berechtigter Weise keine andere Vorgehensweise zu.« Das Staatliche Bauamt habe die untere Straßenverkehrsbehörde – also das Landratsamt – deshalb schon gebeten, dauerhaft Schilder wegen der regelmäßigen Demos anzurufen. »Leider ist die Behörde bis dato unserem Wunsch nicht nachgekommen.«

Marcel Fleckenstein, Sachgebietsleiter Öffentliche Sicherheit und Ordnung beim Landratsamt, teilt auf Nachfrage dazu mit, dass seine Behörde die Beschränkung auf 80 Stundenkilometer nicht dauerhaft angeordnet hat, weil das für extreme Verzögerung bei den Autofahrern gesorgt hätte.

Und die Behörde dürfe nichts ohne Grund anordnen. Die Versammlungen an der Brücke seien

jeweils freitags. An allen anderen Tagen falle also der Grund für eine Beschränkung weg. Das gelte auch für die neuen Gefahrstelle-Schilder. Die weisen dann auf eine Gefahr hin, die an den meisten Tagen gar nicht besteht. Aber: »Es ist nicht so, dass wir das Bauamt nicht verstehen. Wir können uns da sicher auch nochmal Gedanken machen.«

Thomas Becker, Kreisrat für die Freien Wähler und Marktgemeinderat für die UBV in Eisenfeld, hat für die ganze Situation null Verständnis. Er hat sich wegen des Tempolimits an unser Medienhaus gewandt. »Warum sagt man nicht, dass eine Versammlung an der Stelle nicht geht? Man erlaubt ja auch keine Demos auf der Autobahn oder auf Flughäfen.«

Er wolle niemandem sein Versammlungsrecht absprechen. Dies sei ein hohes Gut und man müsse ertragen, dass Leute mit anderer Meinung demonstrieren. »Aber das muss nicht an einer viel befahrenen Bundesstraße sein. Es gibt sicher auch andere Stellen, die öffentlichkeitswirksam sind.«

Insbesondere da die Demonstranten dort inzwischen auch orange blinkende Lichter verwenden. Ebenso wie eine umgedrehte Deutschlandflagge – ein von Rechtsextremen und Reichsbürgern verwendetes Symbol, das bedeutet, dass man die Bundesrepublik nicht anerkennt. »Das ist doch eine Ungeheuerlichkeit.«

Versammlungsfreiheit fördern

Marcel Fleckenstein sagt zu der Frage, ob das Landratsamt eine Verlegung der Demos anordnen könne, dass dies nicht so einfach möglich sei. »Eine Demo hat den Zweck, auf sich und das Thema aufmerksam zu machen.« Das Verwaltungsgericht sei gegenüber den Behörden daher beim Versammlungsrecht sehr streng. Die Pressestelle des Verwaltungsgerichts Würzburg wollte sich auf Anfrage unseres Medienhauses nicht zu dem Thema äußern.

Andreas Krellmann, Fachanwalt für Verwaltungsrecht aus Aschaffenburg, gibt jedoch dem Landratsamt recht. »Die Versammlungsfreiheit ist von Behörden grundsätzlich zu fördern und zu schützen.« Es sei denn, es gehe um konkrete Gefahren. »Also wenn die Demonstranten mitten auf der Fahrbahn der B469 stehen wollen würden – das ginge nicht.«

Wenn das Landratsamt also aus anderen Gründen eine Verlegung der Demo anordnen würde und der Veranstalter würde gegen diese Entscheidung vor dem Verwaltungsgericht klagen, würde das Gericht wohl dem Veranstalter Recht geben, mutmaßt der Jurist.

Hetzel: Sollte kein Problem sein

Michael Hetzel ist dieser Veranstalter. Auf Nachfrage erklärt er: »Wir demonstrieren an dieser Stelle, da es für uns die am einfachsten zu erreichende Brücke ist« und weil über die Brücke kein nennenswerter Verkehr fließe. »Das heißt, wir behindern niemanden auf der Brücke.« Und die Drosselung des Verkehrs auf der B469 »sollte auf die zwei Kilometer doch kein Problem darstellen.«

Zum Aufwand für das Staatliche Bauamt befragt, teilt Hetzel mit: Das Versammlungsrecht sehe vor, die Versammlung zu schützen. In diesem Zuge habe das Bauamt nun mal die Pflicht, auch die Autofahrer zu warnen. Wenn die Mitarbeiter des Bauamts »zwei mal zweieinhalb Stunden brauchen, um zwei Verkehrsschilder auszutauschen, dann spiegelt das nur den Zustand unseres Landes wider«. Und weiter: »Außerdem müsste der Verkehr unserer Meinung nach nicht gedrosselt werden.« Hetzel kündigt an: Er und seine Mitstreiter werden weiter dort demonstrieren.

Aufmerksamkeit ist Zweck

Genauso sieht das Ramona Storm. Die Aschaffenburg AfDlerin hat im Kreis Miltenberg für den Landtag kandidiert und ist über die Liste ins Parlament eingezogen. Sie ist regelmäßig bei den Demos an der B469. Und: »Natürlich werde ich weiter dort demonstrieren«, sagt sie auf Anfrage unseres Medienhauses.

Zum Aufwand und der Gefahr für die Mitarbeiter des Staatlichen Bauamts rund um die Schilder sagt die Abgeordnete, dass sich das nicht vermeiden lasse. Die Demos laufen unter dem Namen »Brückentage«, daher müsse man auf einer Brücke demonstrieren. Wenn man auf eine andere Brücke ginge, müssten dort Schilder aufgestellt werden. Abseits der B469 zu demonstrieren kommt für Storm nicht in Frage: Die Gruppe demonstriere ja an dieser Stelle, um Aufmerksamkeit zu erregen.

KOMMENTAR

Egoismus pur

Von Veronika Schreck



Gleich vorweg: Es ist gut, dass auch eine Gruppe wie die von der Waldweg-Brücke an der B469 bei Niedernberg demonstrieren kann; dass das Versammlungsrecht dieser Menschen gegenüber den beteiligten Behörden so stark gestellt ist. Denn das ist zu recht ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.

Aber die Reaktionen von Veranstalter Michael Hetzel und der AfD-Landtagsabgeordneten Ramona Storm zu der Gefahr für Verkehrsteilnehmer und für die Mitarbeiter des Staatlichen Bauamts sowie zum Aufwand der Arbeiter, der durch jede einzelne Demo entsteht, zeugt von krassem Egoismus und übersteigertem Ego.

Gefahr für Beteiligte

Hetzel teilt auf Anfrage unseres Medienhauses mit, aus seiner Sicht und der seiner Mitstreiter wäre ein Beschränkung der Geschwindigkeit auf 80 Kilometer pro Stunde gar nicht nötig gewesen. Die professionelle Einschätzung der Polizei und des Sachgebiets für Öffentliche Sicherheit und Ordnung im Landratsamt war monatelang eine andere. Sie haben sehr wohl eine Gefahr für die Auto- und Lastwagenfahrer auf der B469 gesehen und ein entsprechendes Tempolimit angeordnet und umgesetzt.

Denn es muss nur ein Fahrer und auch nur ganz kurz durch die Fahnen und Transparente der Demonstranten abgelenkt werden – schon kann es zu einem Unfall kommen. Ein Unfall, bei dem dieser Fahrer und andere schwer verletzt werden oder im schlimmsten Fall sterben könnten. Und mit dieser Schuld wollen sicher weder die Polizeibeamten noch die zuständigen Mitarbeiter des Landratsamtes leben. Und man darf unterstellen, dass auch Hetzel und Co. dies nicht wollen. Deshalb ist es schon ziemlich vermessen, die professionelle Einschätzung und Reaktion der Behörden so einfach abzutun.

Einfach nur unverschäm

Apropos einfach abtun: Das tun Hetzel und Storm auch bei einem anderen Aspekt, nämlich der Gefahr und dem Aufwand für die Mitarbeiter des Staatlichen Bauamts beim Auf- und Abbau der Schilder.

Hetzel setzt sogar noch eins drauf. Er meint, wenn die Mitarbeiter so lange für die Schilder brauchen, spiegelt das nur den Zustand unseres Landes wider. Und hier sind wir an dem Punkt, an dem er einfach nur unverschäm wird. Denn die Mitarbeiter des Bauamts haben mit Sicherheit Besseres zu tun, als Stunden für diese Schilder aufzuwenden.

Es sind so viele und sie benötigen so lange, weil sie wegen der Demos jedes Mal aufs Neue in eine gefährliche Situation kommen. Auf der B469 sind ständig viele Fahrzeuge unterwegs, die nicht gerade langsam fahren. Wegen einer solchen Demo von einem Auto oder Laster erfasst oder sogar überfahren zu werden – das wollen die Mitarbeiter des Bauamts nachvollziehbarer Weise nicht. Und das würde auch ein Michael Hetzel sicher nicht wollen. Deshalb treffen sie die nötigen Sicherheitsvorkehrungen.

Etwas mehr Anstand, bitte

Wie gesagt: Dass Hetzel, Storm und Konsorten demonstrieren und auch an dieser Stelle, sei ihnen unbenommen. Aber der Anstand würde es gebieten, sich dann wenigstens nicht so herablassend über diejenigen zu äußern, die ermöglichen, dass die Demos für alle sicher ablaufen.